

# Auftragsverarbeitungsvertrag

gem. Art. 28 Datenschutzgrundverordnung (EU) 2016/679 (DSGVO)

Bereitstellung eines KI-Telefonassistenten für medizinische Praxen

zwischen

**Kunde**

**(Auftraggeber)**

und

CompuGroup Medical Deutschland AG

Maria Trost 21

56070 Koblenz

**(Auftragnehmer, CGM)**

## Präambel

Der Auftragnehmer, die CompuGroup Medical Deutschland AG (nachfolgend: CGM), geschäftsansässig in Maria Trost 21, 56070 Koblenz, Deutschland, im Handelsregister des Amtsgerichts Koblenz unter der Nummer HRB 22901 registriert, ist einer der führenden IT-Dienstleister im Gesundheitssektor. CGM bietet Gesundheitsdienstleistern als Ergänzung zu deren Praxisverwaltungssoftware eine KI-gestützte Software-Anwendung, die patientenbezogene Anfragen per Telefon in Form einer audiobasierten Real-Time Konversation automatisch bearbeitet (der KI-Telefonassistent). Diese Software soll zukünftig als unterstützendes System zur Verbesserung der Effizienz administrativer und kommunikativer Prozesse in medizinischen Einrichtungen wie Arztpraxen dienen. Sie automatisiert die Bearbeitung von telefonischen Anfragen und extrahiert relevante Informationen für administrative Zwecke, einschließlich der Weiterleitung von Nachrichten und der Terminverwaltung.

Dieser Vertrag regelt die Rechte und Pflichten der Parteien im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Nutzung des KI-Telefonassistenten für medizinische Praxen, der von CompuGroup Medical Deutschland AG vermittelt und über die Azure-Dienste bereitgestellt wird.

Dem Auftraggeber wird mit Bestätigung der Teilnahmebedingungen das Recht eingeräumt, den KI-Telefonassistenten zu nutzen

## **§ 1 Gegenstand, Umfang, Art und Zweck**

- 1.1 Dieser Vertrag regelt die Auftragsverarbeitung im Rahmen der Leistungen, die zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer vereinbart sind und/oder werden und in **Anlage 1** als Gegenstand der Auftragsverarbeitung gelistet sind. Die **Anlage 1** wird während der Laufzeit dieses Vertrages jeweils einvernehmlich zwischen den Parteien unter Einhaltung des Formerfordernisses gem. § 10.1 aktualisiert.
- 1.2 Umfang, Art und Zweck der Verarbeitung, die Art der personenbezogenen Daten und die Kategorien betroffener Personen sind in **Anlage 1** zum jeweiligen Gegenstand gem. § 1.1 gelistet.
- 1.3 Die Verarbeitung personenbezogener Daten unter diesem Vertrag erfolgt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Eine Verarbeitung durch Subauftragnehmer in einem Drittland richtet sich nach § 6 in Verbindung mit Anlage 1 dieses Auftragsvertrages. Jede Verlagerung in ein Drittland (nicht EU-/EWR-Staat) darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DSGVO erfüllt sind.

## **§ 2 Laufzeit**

- 2.1 Dieser Vertrag läuft, solange der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber Leistungen erbringt, die Gegenstand der Auftragsverarbeitung gem. § 1.1 sind. Er endet automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf, sobald der Auftragnehmer endgültig keine Leistungen mehr als Gegenstand der Auftragsverarbeitung nach § 1.1 erbringt, d.h. die Laufzeit entspricht der Zeit der Bereitstellung des KI-Telefonassistenten. Haben die Parteien nach den Teilnahmebedingungen der Pilotphase, deren Leistungen Gegenstand dieses Auftragsvertrages sind, eine befristete Leistungserbringung und ein Auflösungsdatum vereinbart, so endet dieser Auftragsvertragsvertrag auch mit dem Ablauf dieses Datums, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Der Auftragnehmer hat die Verarbeitung personenbezogener Daten in diesem Falle mit dem Ablaufdatum einzustellen. Dasselbe gilt mit dem Beendigungsdatum der Teilnahmebedingungen, wenn diese wirksam ordentlich oder außerordentlich gekündigt wurde.

- 2.2 Die Parteien können diesen Vertrag jederzeit außerordentlich ohne Einhaltung einer Frist aus wichtigem Grund ganz oder teilweise in Bezug auf einen Gegenstand nach § 1.1 kündigen.
- 2.2.1 Ein wichtiger Grund liegt für den Auftraggeber insbesondere vor, wenn der Auftragnehmer schwerwiegend gegen das anwendbare Datenschutzrecht verstößt und diesen Verstoß nicht innerhalb angemessener Frist nach Aufforderung durch den Auftraggeber abstellt.
- 2.2.2 Ein wichtiger Grund liegt für den Auftragnehmern insbesondere vor, wenn eine Weisung des Auftraggebers nach Ansicht des Auftragnehmers gegen das anwendbare Datenschutzrecht verstößt, der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber gem. § 8.5 mitgeteilt hat und der Auftraggeber dennoch auf Durchführung seiner Weisung besteht.
- 2.3 Nach Beendigung des Vertrags löscht der Auftragnehmer innerhalb angemessener Frist alle im Auftrag unter diesem Vertrag verarbeiteten personenbezogenen Daten oder gibt diese an den Auftraggeber zurück und löscht bestehende Kopien, sofern nicht nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten eine Verpflichtung zur Speicherung der personenbezogenen Daten besteht. Trifft der Auftraggeber bis zum Zeitpunkt des Vertragsendes eine Wahl nach Satz 1 und unterrichtet den Auftragnehmer darüber, ist der Auftragnehmer an diese gebunden. Bis zur Löschung oder Rückgabe der Daten gewährleistet der Auftragnehmer weiterhin die Einhaltung dieser Klauseln. Die vorstehenden Regelungen dieses § 2.3 gelten entsprechend, wenn der Vertrag teilweise in Bezug auf einen Gegenstand nach § 1.1 endet.

### **§ 3 Technisch-organisatorische Maßnahmen**

- 3.1 Der Auftragnehmer stellt ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau der Datenverarbeitung gem. Art. 28 Abs. 3 lit. c, 32 DSGVO sicher. Die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses hierzu vereinbarten technischen und organisatorischen Maßnahmen sind diesem Vertrag als **Anlage 2** beigefügt.
- 3.2 Es steht dem Auftragnehmer frei, mobiles Arbeiten auch für unter diesem Vertrag im Auftrag verarbeitete Daten vorzusehen, soweit und solange er auch in diesen Fällen ein angemessenes Schutzniveau der Datenverarbeitung gem. Art. 28 Abs. 3 lit. c, 32 DSGVO sicherstellt.
- 3.3 Die technischen und organisatorischen Maßnahmen unterliegen dem technischen Fortschritt und der Weiterentwicklung. Es ist dem Auftragnehmer gestattet, zu den in **Anlage 2** vereinbarten Maßnahmen alternative adäquate Maßnahmen umzusetzen. Dabei darf das Sicherheitsniveau bei Vertragsschluss festgelegten Maßnahmen nicht wesentlich unterschritten werden. Wesentliche Änderungen sind zu dokumentieren und dem Auftraggeber auf dessen Anfrage hin mitzuteilen.

#### **§ 4 Betroffenenrechte und Zusammenarbeit**

- 4.1 Der Auftraggeber ist verantwortlich für die Erfüllung von Betroffenenrechten nach Art. 12 ff. DSGVO. Soweit sich eine von der Datenverarbeitung unter diesem Vertrag betroffene Person unmittelbar an den Auftragnehmer wendet, wird der Auftragnehmer dieses Ersuchen unverzüglich an den Auftraggeber weiterleiten.
- 4.2 Der Auftraggeber unterrichtet den Auftragnehmer unverzüglich über alle Unregelmäßigkeiten der Ergebnisse der vom Auftragnehmer im Auftrag verarbeiteten Daten.
- 4.3 Der Auftragnehmer unterrichtet den Auftraggeber unverzüglich über Verletzungen personenbezogener Daten gem. Art. 33 Abs. 2 DSGVO und übermittelt dem Auftraggeber alle ihm vorliegenden Informationen, die für eine etwaige Meldung nach Art. 33, 34 DSGVO erforderlich sind.
- 4.4 Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber unter Berücksichtigung der Art der Verarbeitung und der ihm zur Verfügung stehenden Informationen bei der Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen, insbesondere
- a) bei der Sicherstellung der Erfüllbarkeit und der Erfüllung von Betroffenenrechten;
  - b) bei der Umsetzung der Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung nach Art. 32 DSGVO durch den Auftraggeber;
  - c) bei einer erforderlichen Folgenabschätzung nach Art. 35, 36 DSGVO;
  - d) im Fall einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten bei der Erfüllung der Pflichten nach Art. 33, 34 DSGVO.

#### **§ 5 Qualitätssicherung und sonstige Pflichten des Auftragnehmers**

Der Auftragnehmer erfüllt die ihm aus dem jeweils anwendbaren Datenschutzrecht obliegenden Pflichten, insbesondere jene gemäß Art. 28 bis 33 DSGVO; insofern gewährleistet der Auftragnehmer insbesondere die Einhaltung folgender Vorgaben:

- a) Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten des Auftragnehmers sind in **Anlage 3** genannt. Im Fall von Änderungen in der Person oder den Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten wird der Auftragnehmer den Auftraggeber von der Änderung in Kenntnis setzen.

- b) Wahrung der Vertraulichkeit gemäß Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit. b, 29, 32 Abs. 4 DSGVO und etwaiger anwendbarer Spezialvorschriften, etwa § 203 StGB. Der Auftragnehmer setzt bei der Durchführung der Arbeiten nur Beschäftigte ein, die auf die Vertraulichkeit verpflichtet und zuvor mit den für sie relevanten Bestimmungen zum Datenschutz vertraut gemacht wurden.
  
- c) Der Auftragnehmer und jede ihm unterstellte Person, die Zugang zu personenbezogenen Daten hat, dürfen diese Daten ausschließlich entsprechend der dokumentierten Weisung vom Auftraggeber verarbeiten unter Berücksichtigung der Pflichten und Befugnisse dieses Vertrages, es sei denn, dass sie gesetzlich zur Verarbeitung verpflichtet sind.

## **§ 6 Unterauftragsverhältnisse**

- 6.1 Der Auftragnehmer ist berechtigt, zur Ausführung von Aufträgen und Teilen von Aufträgen unter diesem Vertrag Subunternehmer unter Beachtung der Bestimmungen in diesem § 6 einzusetzen. Die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses berechtigt eingesetzten Subunternehmer sind in **Anlage 1, Nr. 6** aufgeführt.
  
- 6.2 Beabsichtigt der Auftragnehmer, neue Subunternehmen einzusetzen oder bestehende Subunternehmer zu ersetzen, unterrichtet der den Auftraggeber darüber im Voraus in Textform. Der Auftraggeber ist berechtigt, dem Einsatz neuer Subunternehmer oder dem Ersatz bestehender Subunternehmer innerhalb von drei Wochen nach Bekanntgabe der Information nach Satz 1 aus nachweislich wichtigen datenschutzrechtlichen Gründen zu widersprechen. Geht beim Auftragnehmer kein Widerspruch innerhalb der Frist ein, gilt der neue Subunternehmer als genehmigt. Geht ein Widerspruch innerhalb der Frist ein, werden sich die Parteien um eine einvernehmliche Lösung bemühen. Sofern keine einvernehmliche Lösung gefunden wird, steht dem Auftragnehmer ein außerordentliches Kündigungsrecht hinsichtlich des unter diesem Vertrag betroffenen Gegenstands einschließlich des zugehörigen Hauptvertrags zu.
  
- 6.3 Der Auftragnehmer hat vertraglich gegenüber dem Subunternehmer sicherzustellen, dass die in diesem Vertrag und in sonstigen Vereinbarungen festgelegten Pflichten vom Auftragnehmer auch gegenüber dem Subunternehmer gelten. Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber auf dessen Verlangen eine Kopie seiner Auftragsverarbeitungsvereinbarung mit dem Subunternehmer und etwaiger späterer Änderungen zur Verfügung. Soweit es zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen oder anderen vertraulichen Informationen, einschließlich personenbezogener Daten notwendig ist, kann der Auftragnehmer den Wortlaut der Vereinbarung vor der Weitergabe einer Kopie insofern in Teilen unkenntlich machen. Die Weiterleitung der Daten an den Subunternehmer ist erst zulässig, wenn der Subunternehmer die Verpflichtungen nach diesem § 6 erfüllt.

- 6.4 Ein Unterauftragsverhältnis nach diesem § 6 liegt nicht vor, wenn der Auftragnehmer Dritte mit Dienstleistungen beauftragt, die als reine Nebenleistungen anzusehen sind, insbesondere, aber nicht abschließend, Post-, Transport- und Versandleistungen, Reinigungsleistungen, Telekommunikationsleistungen und Bewachungsdienste.

## **§ 7 Kontrollrechte des Auftraggebers**

- 7.1 Der Auftragnehmer bearbeitet Anfragen des Auftraggebers bezüglich der Verarbeitung von Daten gemäß diesem Vertrag umgehend und in angemessener Weise.
- 7.2 Der Auftraggeber hat das Recht, zur Einhaltung dieses Vertrages und der Pflichten vom Auftragnehmer nach Art. 28 DSGVO erforderliche Überprüfungen durchzuführen oder durch im Einzelfall zu benennende Prüfer durchführen zu lassen. Die Überprüfungen erfolgen vorrangig durch die Überlassung geeigneter Informationen auf Anforderung des Auftraggebers. Der Auftragnehmer erteilt dem Auftraggeber dazu auf Anforderung die erforderlichen Auskünfte und weist die Einhaltung der Anforderungen dieses Vertrages und des Art. 28 DSGVO nach. Der Auftragnehmer ist berechtigt, den Nachweis durch geeignete Zertifizierungen zu führen. Nachrangig sind im Einzelfall auch vor Ort Inspektionen im Geschäftsbetrieb des Auftragnehmers zulässig, soweit diese zur Überprüfung nach Satz 1 unabdingbar sind, in der Regel nur in angemessenen Abständen, zu den üblichen Geschäftszeiten, nach vorheriger Anmeldung mit angemessener Vorlaufzeit und ohne wesentliche Störung des Betriebsablaufs. Überprüfungen vor Ort kann der Auftragnehmer von der Unterzeichnung angemessener Verschwiegenheitserklärungen abhängig machen; sollte ein vom Auftraggeber beauftragter Prüfer in einem Wettbewerbsverhältnis mit dem Auftragnehmer stehen, darf der Auftragnehmer dem Einsatz dieses Prüfers widersprechen.

## **§ 8 Weisungsbefugnis des Auftraggebers**

- 8.1 Der Auftragnehmer verarbeitet die personenbezogenen Daten ausschließlich gemäß den in diesem Vertrag getroffenen Festlegungen und den Weisungen vom Auftraggeber, es sei denn er ist nach Unionsrecht oder nach dem Recht eines Mitgliedstaats, dem er unterliegt, zur Verarbeitung verpflichtet. In einem solchen Fall teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht dies nicht verbietet.
- 8.2 Der Auftragnehmer verfolgt bei der Verarbeitung keine anderen und insbesondere keine eigenen, über die Vertragsdurchführung hinausgehenden Zwecke. Der Auftragnehmer sichert zu, dass die für den Auftraggeber verarbeiteten Daten von sonstigen Datenbeständen getrennt verarbeitet.

- 8.3 Der Auftraggeber erteilt dem Auftragnehmer Weisungen, wie und in welchem Umfang die Daten verarbeitet werden dürfen. Weisungen vom Auftraggeber werden mit diesem Vertrag oder im Einzelfall durch vom Auftraggeber benannte (oder nach der Verkehrsanschauung als befugt geltende) weisungsberechtigte Personen an einen oder mehrere vom Auftragnehmer benannte (oder nach der Verkehrsanschauung als befugt geltende) Weisungsempfänger unter Einhaltung des Formerfordernisses gem. § 10.1 erteilt.
- 8.4 Weisungen unterliegen dem Formerfordernisses gem. § 10.1; mündlich erteilte Weisungen sind unverzüglich entsprechend zu bestätigen. Die Bestätigung der mündlichen Weisungen sowie Weisungen, die außerhalb dieses Vertrages dem Hauptvertrag getroffen wurden/werden, sind vom Auftraggeber jeweils zusammen mit diesem Vertrag so aufzubewahren, dass alle maßgeblichen Regelungen jederzeit verfügbar sind.
- 8.5 Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich darauf aufmerksam machen, wenn eine vom Auftraggeber erteilte Weisung seiner Meinung nach gegen das anwendbare Datenschutzrecht verstößt. Der Auftragnehmer ist in diesem Fall berechtigt, die Verarbeitung auszusetzen, bis der Auftraggeber ihm eine anderweitige Weisung erteilt; dies umfasst auch eine Befreiung von der entsprechenden hauptvertraglichen Leistungspflicht des Auftragnehmers, nicht aber von Gegenleistungspflichten des Auftraggebers; § 2.2.2 bleibt unberührt.

## **§ 9 Haftung**

- 9.1 Die Haftung der Parteien gegenüber betroffenen Personen richtet sich nach Art. 82 DSGVO.
- 9.2 Im Innenverhältnis haften die Parteien für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit nach den gesetzlichen Vorschriften. Das gleiche gilt bei schuldhaft verursachten Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Verletzung von Produkthaftungspflichten sowie im Falle arglistig verschwiegener Mängel.
- 9.3 Im Übrigen ist die Haftung des Auftragnehmers im Innenverhältnis beschränkt auf die Verletzung von Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglichen und auf deren Einhaltung der Auftraggeber regelmäßig vertrauen darf (Kardinalspflichten). Die Haftung des Auftragnehmers im Innenverhältnis ist im Fall der leicht fahrlässigen Verletzung von Kardinalspflichten der Höhe nach begrenzt auf den vertragstypisch vorhersehbaren Schaden. Für Schäden, die auf leichter Fahrlässigkeit und nicht auf Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit, der Verletzung von Produkthaftungspflichten oder von Kardinalspflichten beruhen, ist der Schadensersatzanspruch des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer auf das Zweifache Vertragsvolumen des Hauptvertrages in einem Kalenderjahr begrenzt. Die Haftungsbeschränkungen aus Punkt 9.2 gilt vorrangig gegenüber etwaigen Haftungsbeschränkungen im hauptvertrag oder allgemeinen Geschäftsbedingungen der Parteien.

## **§ 10 Schlussbestimmungen**

- 10.1 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform (einschließlich elektronisch signierter Textform, z.B. mittels DocuSign). Dies gilt auch für den Verzicht auf dieses Formerfordernis.
- 10.2 Die Regelungen dieses Vertrages gehen im Zweifel den Regelungen des Hauptvertrages vor.
- 10.3 Sollten sich einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise als unwirksam oder undurchführbar erweisen oder infolge Änderungen einer Gesetzgebung nach Vertragsabschluss unwirksam oder undurchführbar werden, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll die wirksame oder durchführbare Bestimmung treten, die dem Sinn und Zweck der nichtigen Bestimmung möglichst nahekommt.
- 10.4 Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht (einschließlich der Datenschutzgrundverordnung). Ausschließlicher Gerichtsstand ist Koblenz.



## **Anlage 1 – Gegenstand der Auftragsverarbeitung**

### **1. Gegenstand**

Gegenstand des Auftrags zur Datenverarbeitung ist die Durchführung der unter Punkt 2 genannten Aufgaben durch den Auftragnehmer im Kontext von:

Bereitstellung des KI-Telefonassistenten für medizinische Praxen

### **2. Umfang, Art, Zweck der Verarbeitung**

Art und Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Auftragnehmer für den Auftraggeber sind konkret beschrieben und umfasst insbesondere folgende Leistungen:

Transkription und Zusammenfassung von Telefonanfragen: Der CGM one Telefonassistent ist eine KI-gestützte Software-Anwendung, die eingehende Telefonanfragen in Echtzeit transkribiert. Dabei werden die wesentlichen Informationen der Anrufe extrahiert und strukturiert zusammengefasst, sodass das Praxisteam das Anliegen der Anrufer effizient erfassen und weiterbearbeiten kann. Der KI-Telefonassistent nutzt diese transkribierten Informationen zudem, um mittels eines Large language Models unter Nutzung von Wahrscheinlichkeitsaussagen Antworten zu generieren und ein Gespräch in Echtzeit mit dem Anrufenden zu führen. Dies dient dem Zweck, die Anfrage, etwa in Form einer Terminvereinbarung oder eines Rückrufs zu beantworten.

### **3. Von der Datenverarbeitung Betroffene (Personenkategorien):**

- Auftraggeber
- Mitarbeiter des Auftraggebers
- Patienten und/oder (potenzielle) Kunden des Auftraggebers

### **4. Art der personenbezogenen Daten:**

- Personenstammdaten
- Private Kommunikationsdaten (z. B. Telefon)
- Gesprächsinhalte
- Gesundheitsdaten (z.B. krankheitsbedingter Anlass der Terminanfrage; Gesundheitszustand)
- Nutzungsdaten (z.B. Benutzerkennungen)

**Die Auftragsverarbeitung umfasst die Verarbeitung besonders sensibler Daten, die nach Art. 9 DSGVO oder eine nationalen Vorschrift besonders zu schützen sind (konkret in Form von Gesundheitsdaten, sofern Anrufende diese, etwa durch Angaben zu ihrem Gesundheitszustand, machen); der Auftragnehmer hat hiervon Kenntnis.**

## 6. Subunternehmer

Unternehmen	An-schrift/Land	Leistung	Datenbelegenheit; Angabe zu möglichem Drittstaatentransfer	Bei Drittstaaten-transfer Angabe zu Absicherung nach Art. 44 ff. DSGVO
Microsoft Deutschland GmbH	Walter-Gropius-Straße 5 80807 München	Bereitstellung von Rechenkapazitäten, Speech-to-Text und Text-to-Speech-Konvertierung sowie Nutzung des LLMs auf EU-basierten MS Azure-Servern zur DSGVO-konformen Verarbeitung.	EU	n. a.
Twilio Germany GmbH	Rosenheimer Str. 143c, 81671 München Amtsgericht München HRB 219708 Geschäftsführer: Christopher Ottosson	Bereitstellung von Kommunikationsdiensten, einschließlich Zuweisung und Verwaltung von Telefonnummern sowie Aufzeichnung von Gesprächen als Audiodateien.	; USA und weitere Drittstaaten wie Indien (Twilio Inc. und andere Empfänger innerhalb der Twilio Gruppe).	EU-Standardvertragsklauseln; verbindliche interne Datenschutzvorschriften; EU-US Data Privacy Framework (Twilio Inc. u.a.); weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Folgen der Datenübermittlung wie Richtlinien zum Umgang mit Herausgabeverlangen von Behörden und sofortige Datenlöschung.

## Anlage 2 – Technisch-organisatorischen Maßnahmen bei CGM

### I. Vertraulichkeit

- Zutrittskontrolle

- Zugangskontrolle
- Zugriffskontrolle
- Datenträgerkontrolle
- Trennungskontrolle
- Pseudonymisierung

## **II. Integrität (Art. 32 Abs. 1 lit. b DS-GVO)**

- Weitergabekontrolle
- Eingabekontrolle

## **III. Verfügbarkeit und Belastbarkeit (Art. 32 Abs. 1 lit. b DS-GVO)**

- Verfügbarkeitskontrolle
- Rasche Wiederherstellbarkeit (Art. 32 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

## **IV. Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung (Art. 32 Abs. 1 lit. d DS-GVO; Art. 25 Abs. 1 DS-GVO)**

- Datenschutz-Managementsystem
- Incident-Response-Management
- Datenschutzfreundliche Voreinstellungen

### **Anlage 3 – Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten des Auftragnehmers**

Datenschutzbeauftragter bei CGM

Hans Josef Gerlitz

CompuGroup Medical Deutschland AG

Maria Trost 21

D-56070 Koblenz

[HansJosef.Gerlitz@CGM.com](mailto:HansJosef.Gerlitz@CGM.com)